



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



Im Bundestagswahlkampf haben wir herausgestellt, dass unser Land Veränderungen braucht, damit wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch unseren Wohlstand erhalten. Wir haben in diesem Zusammenhang viel versprochen. Wir haben mehr versprochen als wir jedenfalls im ersten Jahr der von Friedrich Merz geführten Bundesregierung halten konnten. Für unsere Pläne und Ziele, die immer noch richtig sind, brauchen wir Mehrheiten. Und bei einem Wahlergebnis von knapp 30 Prozent heißt das:

wir brauchen die SPD als Koalitionspartner, um möglichst viele dieser Ziele zu erreichen. Denn mit wechselnden Mehrheiten wurde in Deutschland noch nie stabile und zielgerichtete Politik gemacht.

Gerade in den ersten Monaten der neuen Koalition haben wir einiges erreicht: Sonderabschreibungen und eine beschlossene Senkung der Unternehmenssteuern zielen auf die Ankurbelung unserer Wirtschaft. Die Abschaffung der Gasspeicherumlage, die Reduzierung der Netzentgelte für Strom und die Entlastungen bei der Stromsteuer für Betriebe, die im globalen Wettbewerb stehen, sollen Energie bezahlbarer und damit auch Arbeitsplätze sicherer machen. In dem von mir in der Bundestagsfraktion verantworteten Bereich der Innenpolitik haben wir durch eine Reihe von Entscheidungen (wie Grenzkontrollen, Zurückweisungen, mehr sichere Herkunftsländer, kein Familiennachzug auf Kosten des Staates) eine Migrations-Wende geschaffen. Die Zahlen der Asyl-Zuwanderung sind auch dadurch deutlich heruntergegangen.

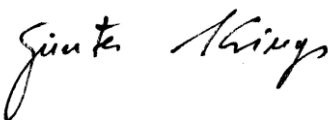
Aber natürlich reicht das alles noch nicht. Ja ich will kritisch anmerken: Das gute Reformtempo der ersten Monate hat anschließend wieder nachgelassen. Wir müssen daher wieder schneller werden. Wichtig ist daher jetzt eine gute Gesundheitsreform. Natürlich verlangt diese einige ab, aber CDU und CSU stehen dafür, dass die Lasten zwischen den Patienten und allen Beteiligten am Gesundheitssystem fair verteilt werden. Ohne diese Reform würden die Kassenbeiträge deutlich steigen. Genau das müssen und wollen wir verhindern.

Folgen müssen dann entsprechende Reformen der Pflege, der Rente und des Steuersystems. Der Bundesfinanzminister muss zeigen, dass er sparen kann und will - denn genau das gehört zur Arbeitsplatzbeschreibung eines Finanzministers. Dabei darf er auch die Ministerien seiner eigenen Partei nicht schonen. Erstmals haben wir in der Bundesregierung ein eigenes Ministerium für Staatsmodernisierung und Digitalisierung. Der Krefelder Karsten Wildberger, ein Mann mit echter Wirtschaftserfahrung, hat sich nicht nur einiges vorgenommen, sondern er liefert auch bereits bei vielen Digitalisierungsprojekten und beim schrittweisen Abbau unnötiger Bürokratie. Für viele ist diese die Job-Bremse Nummer eins in unserem Land. Und sie können wir lösen, ohne dass es etwas kostet. Im Gegenteil: 16 Mrd. Euro Einsparung von Bürokratie-Kosten sind das klare und realistische Ziel für die Wahlperiode.

Ich erfahre in vielen Gesprächen: die Stimmung ist nicht gut in unserem Land. Und sie ist vielleicht noch schlechter in unserer Parte. Kriege und Konflikte in der Welt, eine Weltwirtschaft unter Druck, steigende Energiepreis, ungelöste Probleme und eine Reformstau im Inland — all das verunsichert und führt zu Unmut. Aber es hilft hier weder, den Kopf in den Sand zu stecken oder in Berlin mit der Faust auf den berühmten Tisch zu schlagen - davon wäre im Zweifelsfall nicht mal der Tisch beeindruckt. Wir sind in Berlin nun mal nicht bei „Wünsch Dir was“, sondern bei „So isses“.

Gerade weil die Lage ernst ist, hilft nur, mit klarem Ziel und Beharrlichkeit die nötigen Reformen anzugehen, an den dargelegten Problemen zu arbeiten und sie Schritt für Schritt zu lösen. Genau das tun wir

Herzliche Grüße aus Berlin!



Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

## Gewaltschutz wird verbessert

Häusliche Gewalt ist kein privates Schicksal, sondern ein massives gesellschaftliches Problem, das wir als Rechtsstaat mit aller Härte bekämpfen müssen. Denn die Statistiken zeigen ein alarmierendes Bild: 2024 wurden 266.000 Fälle häuslicher Gewalt und 53.451 weibliche Opfer von Sexualdelikten polizeilich erfasst, 328 Mädchen und Frauen wurden getötet. Die am 10. Februar 2026 veröffentlichte Dunkelfeldstudie zu Gewalterfahrungen hat gezeigt, dass weniger als fünf Prozent der Fälle häuslicher Gewalt angezeigt werden, sodass von fünf bis sechs Millionen Fällen jährlich auszugehen ist. Das können wir als Gesellschaft nicht hinnehmen.

Das Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz ist ein wichtiger erster Schritt – wir schützen die Opfer, nehmen Täter in die Pflicht und schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen für eine bessere Vernetzung der Behörden. Ich hoffe, dass wir damit auch einen Bewusstseinswechsel schaffen – nicht die Opfer müssen sich schämen, sondern die Täter.

Das Gewaltschutzgesetz wird deswegen nun geändert: Es soll dem Gericht die Möglichkeit eröffnet werden, anzuordnen, dass der Täter die für eine elektronische Überwachung seines Aufenthalts erforderlichen technischen Mittel ständig in betriebsbreitem Zustand bei sich führt. Zudem soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, wonach das Familiengericht den Täter zur Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs oder an einer Gewaltpräventionsberatung verpflichten kann. Des Weiteren wird auch der Strafraum für Verstöße gegen Gewaltschutzanordnungen erhöht und Familiengerichte erhalten zur Gefährdungsanalyse in Gewaltschutz- und Kindschaftssachen die Möglichkeit für Auskünfte aus dem Waffenregister. Das Höchstmaß der möglichen Freiheitsstrafe soll so von zwei auf drei Jahre Freiheitsstrafe angehoben werden. Die Zahlen der Dunkelfeld-Studie sind nämlich erschreckend: Partnerschaftliche und sexualisierte Gewalt betrifft Millionen Menschen und bleibt dennoch in den meisten Fällen unsichtbar. Zwar gibt es vielerorts bereits spezialisierte Gewaltschutzstrukturen – bei der Polizei, in Krankenhäusern und auch die Zahl der Frauenhausplätze sowie Beratungsangebote wurde ausgebaut. Dennoch zeigt sich: Wenn sich 95 Prozent der Betroffenen nicht trauen, Hilfe zu holen, reicht das offenkundig noch nicht aus.

Wir müssen uns intensiv mit den Ursachen dahinter beschäftigen und konkrete Konsequenzen ziehen – sei es bestehende Angebote zu verbessern, Hürden abzubauen oder dort nachzusteuern, wo Schutz und Unterstützung noch nicht wirksam genug greifen. Umso wichtiger ist es, dass die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes durch das Bundesfamilienministerium eng begleitet wird und ab 2027 über zehn Jahre hinweg 2,6 Milliarden Euro für den Gewaltschutz bereitstehen.



## Die Eingliederungshilfe muss auch langfristig finanzierbar bleiben

Zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai 2026 erklärte der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, Wilfried Oellers:

Das Motto des diesjährigen Europäischen Protesttags „Menschenrechte sind kein Sparposten! Hände weg von der Eingliederungshilfe.“ trifft es grundsätzlich gut auf den Punkt: Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Zehn Jahre nach dem Beschluss des Bundesteilhabegesetzes steht fest, dass der Paradigmenwechsel weg vom fürsorgeorientierten Denken hin zu einer Politik der echten Teilhabe richtig war und konsequent bewahrt werden muss.

Gleichzeitig dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass die von den Kommunen zu tragenden Sozialausgaben in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen sind. In der Eingliederungshilfe haben sie sich von 15,6 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 28,7 Milliarden Euro im Jahr 2024 fast verdoppelt. Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen – mit einer reinen Einnahmeverbesserung lässt sich die Finanzierung des Sozialstaats nicht nachhaltig gewährleisten. Für uns als Unionsfraktion ist klar: Die Kosten müssen gesenkt werden. Dabei sollten nicht Leistungskürzungen, sondern mehr Effizienz und weniger Bürokratie sowie eine zeitgemäße Umsetzbarkeit im Vordergrund stehen.

Einige konkrete Schritte haben wir auch bereits im Koalitionsvertrag formuliert: Wie das Pooling von Unterstützungsleistungen an Schulen, Bürokratieabbau, die Prüfung von Pauschalierungen in der Eingliederungshilfe sowie den gemeinsamen Grundantrag für Reha- und Teilhabeleistungen im Sinne des Prinzips „Leistungen aus einer Hand“.

Am Ende geht es um zwei Kernziele: Wir sichern die Teilhabe der Betroffenen und stellen zugleich sicher, dass die Eingliederungshilfe langfristig finanzierbar bleibt.

*Foto: Frank Thelen*

### Impressum:

Ausgabe Nr. 09/2026,  
08. Mai 2026

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ Vi.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck



## Steuerschätzung ist Momentaufnahme in Zeiten hoher Unsicherheit Es ergeben sich keine neuen Verteilungsspielräume

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat am gestrigen Donnerstag seine Prognose der Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und EU vorgelegt. Hierzu erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase:

„Die aktuelle Steuerschätzung kommt in einer Phase hoher Unsicherheit. Die wirtschaftlichen Folgen des vor vier Jahren begonnenen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wirken weiterhin fort und werden durch die militärische Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Iran nochmals verstärkt.“

Energie und Rohstoffe haben sich noch einmal drastisch verteuert. All dies hat negative Auswirkungen auf die Konjunktur und damit die Steuereinnahmen. Aus diesem Umstand müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden. Wir brauchen eine Wachstumswende! Statt neuer, kostenwirksamer Ausgabenprogramme oder etwaiger Umverteilungsphantasien gilt es, eine Dynamik zu entfachen für wirtschaftliches Wachstum.

Der Schlüssel zum Erfolg ist daher eine kluge, aktivierende Steuerpolitik flankiert von Strukturreformen, um wirtschaftliche Impulse zu setzen. Gleichzeitig müssen wir unsere Bemühungen bei Bürokratieabbau und Deregulierung intensivieren. Nur so werden wir die Konjunkturschwäche überwinden, um damit auch die Voraussetzungen für langfristig stabile Staatsfinanzen zu schaffen.“

*Foto: Tobias Koch*